



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 49. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. Januar 2024, 10 Uhr,
im Finanzministerium, Raum 128

Anwesende Abgeordnete

Lars Harms (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Hauke Hansen (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Jasper Balke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Dirk Kock-Rohwer

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Fehlende Abgeordnete

Rixa Kleinschmit (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gemeindeeinfuhrsteuer auf der Insel Helgoland	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/1640	
2.	Bundratsinitiative zur Änderung des Kreditwesengesetzes	6
	Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/995	
3.	Zustimmung zur Veräußerung einer Grundstücksfläche angrenzend an die Landesliegenschaft in der Adolf-Westphal-Straße 4, 24143 Kiel (Flurstück 214, Flur 013, Gemarkung Kiel-M)	7
	Antrag der Landesregierung Drucksache 20/1755	
	Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 20/2478	
4.	Antrag der Abgeordneten Krämer (FDP) aus der Finanzausschusssitzung am 14. Dezember 2023, eine Anhörung zu der Frage durchzuführen, inwieweit der Landeshaushalt 2023 ohne entsprechenden Nachtragshaushalt verfassungskonform ist (inklusive Verwendung von Notkreditmitteln)	8
5.	Bericht des Finanzministeriums über die Strategie der Zinssicherung	9
	(Fortsetzung der Beratung vom 11. Januar 2024)	
6.	Information/Kennntnisnahme	10
	Umdruck 20/2490 – Förderrichtlinie Fluthilfe Umdruck 20/2497 – über- und außerplanmäßige Ausgaben IV/2023 Umdruck 20/2501 – Verwaltungsvereinbarung Meldestelle Antiziganismus Umdruck 20/2503 – Regionalisierungsmittel vertraulicher Umdruck 20/2457 – Schienennetz OSTA	
7.	Verschiedenes	11
8.	Infrastruktursicherungsverträge mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen	12
	Vorlage des Verkehrsministeriums Umdruck 20/2475	
9.	Ergebnis der Vergabe Marschbahn 2025 bis 2034	14
	Vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums vertraulicher Umdruck 20/2453	

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3
Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der
Geschäftsordnung)

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gemeindeeinfuhrsteuer auf der Insel Helgoland

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/1640](#)

(überwiesen am 15. Dezember 2023)

Der Vorsitzende teilt mit, dass die kommunalen Landesverbände auf eine Stellungnahme verzichten.

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

2. **Bundesratsinitiative zur Änderung des Kreditwesengesetzes**

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/995](#)

(überwiesen am 14. Juni 2023 an den **Finanzausschuss**, Sozialausschuss und Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/1795, 20/1892, 20/1967, 20/1968, 20/1969, 20/1970, 20/1976, 20/1978, 20/2529](#)

Auf Anregung der Landesregierung ([Umdruck 20/2529](#)) beschließt der Finanzausschuss einstimmig, die Beschlussfassung über den Antrag bis zum Jahr 2026 zurückzustellen.

3. Zustimmung zur Veräußerung einer Grundstücksfläche angrenzend an die Landesliegenschaft in der Adolf-Westphal-Straße 4, 24143 Kiel (Flurstück 214, Flur 013, Gemarkung Kiel-M)

Antrag der Landesregierung
[Drucksache 20/1755](#)

Vorlage des Finanzministeriums
[Umdruck 20/2478](#)

Nachdem das Finanzministerium Fragen von Ausschussmitgliedern beantwortet, nimmt der Finanzausschuss die Information des Finanzministeriums [Umdruck 20/2478](#) einstimmig zur Kenntnis. Über [Drucksache 20/1755](#) will der Landtag am 26. Januar 2024 beschließen.

4. Antrag der Abgeordneten Krämer (FDP) aus der Finanzausschusssitzung am 14. Dezember 2023, eine Anhörung zu der Frage durchzuführen, inwieweit der Landeshaushalt 2023 ohne entsprechenden Nachtragshaushalt verfassungskonform ist (inklusive Verwendung von Notkreditmitteln)

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss, am 29. Februar 2024 eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 26. Januar 2024 Anzuhörende zu benennen und mögliche Fragen zu formulieren.

5. Bericht des Finanzministeriums über die Strategie der Zinssicherung

[Umdrucke 20/2235](#), [20/2502](#), [20/2550](#)

(Fortsetzung der Beratung vom 11. Januar 2024)

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer antwortet Herr Jungk, Leiter des Referats Kredit- und Zinsmanagement, Schulden- und Derivatverwaltung, Anlagenmanagement im Finanzministerium, die Rückführung der Notkredite sei in der Zinskalkulation des Haushaltsentwurfs 2024 nicht enthalten.

Abgeordnete Krämer macht darauf aufmerksam, dass die Höhe der Konjunkturkomponente in [Umdruck 20/2550](#) von der im Haushaltsentwurf abweiche. – Frau Berndt, Generalreferentin für den Landeshaushalt im Finanzministerium, sagt eine Überprüfung beziehungsweise Anpassung zu.

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer lobt das Zinsmanagement des Finanzministeriums. Allerdings seien weniger Schulden das allerbeste Zinsmanagement, denn die Zinsausgaben würden den Haushaltsgesetzgeber in den nächsten Jahren knebeln.

Der Finanzausschuss nimmt die [Umdrucke 20/2235](#), [20/2502](#) und [20/2550](#) zur Kenntnis.

6. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 20/2490](#) – Förderrichtlinie Fluthilfe

[Umdruck 20/2497](#) – über- und außerplanmäßige Ausgaben IV/2023

[Umdruck 20/2501](#) – Verwaltungsvereinbarung Meldestelle Antiziganismus

[Umdruck 20/2503](#) – Regionalisierungsmittel

vertraulicher [Umdruck 20/2457](#) – Schienennetz OSTA

Zu [Umdruck 20/2490](#) (Förderrichtlinie Fluthilfe) fragt Abgeordnete Raudies die Landesregierung, ob die Förderrichtlinie Fluthilfe schon veröffentlicht worden sei und damit nur die Wiederherstellung des Status quo oder auch Aufwertungsmaßnahmen gefördert würden. – Dieser Umdruck soll in der Sitzung am 1. Februar 2024 wieder aufgerufen werden.

Abgeordnete Krämer hält die Antwort des Verkehrsministeriums auf ihre Frage zur Erhöhung der Regionalisierungsmittel ([Umdruck 20/2503](#)) für nicht zufriedenstellend. – Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer macht darauf aufmerksam, dass der Ausbau und die Modernisierung des ÖPNV und insbesondere des SPNV, die strukturell unterfinanziert seien, nicht dauerhaft mit Notkreditmitteln finanziert werden dürften.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke – bis auf [Umdruck 20/2490](#) – zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

- a) Das Thema Northvolt soll gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss in einer Sondersitzung am 25. Januar 2024 in der Mittagspause des Plenums behandelt werden.

- b) Der Finanzausschuss folgt einem Vorschlag des Vorsitzenden und will nach den Haushaltsberatungen ein Gespräch mit dem Landesfeuerwehrverband führen.

- c) Abgeordnete Raudies fragt die Landesregierung, wie das Coronasymposium am 19. Januar 2024 finanziert werde.

8. **Infrastruktursicherungsverträge mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen**

Vorlage des Verkehrsministeriums
[Umdruck 20/2475](#)

Herr Weppeler von NAH.SH führt in die Vorlage ein. Relativ geringe Beträge in die Trassensicherung zu investieren, helfe langfristig, die Kosten für die Reaktivierung von Bahnstrecken zu reduzieren. Der Vertrag diene dazu, dass die Deutsche Bahn die Strecken nicht stilllege und nicht entwidme.

Der Vorsitzende bittet das Verkehrsministerium, dem Finanzausschuss schriftlich mitzuteilen, welche Bahnstrecken mit welchen Geldbeträgen Teil des Infrastrukturentwicklungsvertrags seien und welche Strecken in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine realistische Chance hätten, wiedereröffnet zu werden (inklusive vorgesehenen Zeitpunkt und Zielsetzung).

Abgeordneter Brandt bittet um nähere Informationen zur stillgelegten Bahnstrecke von Schwarzenbek nach Bad Oldesloe.

Verkehrsstaatssekretär von der Heide sagt dies zu. Er weist darauf hin, dass der neue Infrastrukturentwicklungsvertrag mit der DB Netz AG neben der Trassensicherung auch Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Infrastruktur ermögliche (zum Beispiel Erneuerung von Gleisen und Weichen). Das Land bezuschusse nur tatsächlich anfallende Kosten.

Auf eine Frage des Abgeordneten Brandt stellt Herr Weppeler klar, dass die Kosten der Hauptbaumaßnahmen durch die Infrastrukturbetreiber getragen würden.

Einstimmig ermächtigt der Finanzausschuss den Verkehrsminister und die NAH.SH GmbH, mit der Angelner Eisenbahn Gesellschaft UG einen Infrastrukturentwicklungsvertrag abzuschließen. Die Beschlussfassung über die übrigen Punkte des Umdrucks soll erfolgen, sobald die erbetenen Informationen vorliegen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:05 Uhr.

9. Ergebnis der Vergabe Marschbahn 2025 bis 2034

Vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums
vertraulicher [Umdruck 20/2453](#)

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3
Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Geschäftsordnung)

Dieser Tagesordnungspunkt wird in vertraulicher Sitzung beraten (siehe vertraulichen Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt die Sitzung um 11:25 Uhr.

gez. Lars Harms
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer